

**05.05.2014 16:09**

**Michael Vassiliadis**

Vorsitzender der IG BCE

Vorsitzender des Innovationsforums Energiewende e. V.

**2. If.E-Innovationskongress**

7. Mai 2014

Berlin, KOSMOS

**Europa und die Energiewende**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Willkommen zum zweiten Innovationskongress des Innovationsforums Energiewende!

Als wir im November 2012 im Tempelhofer Flughafen den ersten Innovationskongress durchführten, habe ich am Ende der Veranstaltung zusammengefasst:

Die Energiewende braucht eine neue strategische Ausrichtung, sie braucht eine klare Roadmap.

Das war eineinhalb Jahre nach dem Start der Energiewende bereits erforderlich. Leider hat es dann noch lange und zu lange gedauert, die Energiewende neu auszurichten und vor allem für etwas mehr Vernunft in der Förderung der erneuerbaren Energien zu sorgen. Es war eine lange, intensive Debatte, die uns alle in den vergangenen Wochen und Monaten sehr in Anspruch genommen hat. Aber das Ergebnis ist **eine tatsächlich substantielle Novelle des EEG**, die gegen viele Widerstände durchgesetzt werden musste.

Das hat der neuen Bundesregierung und besonders dem neuen Energieminister viel Kraft abverlangt. Das sehen wir und das wissen wir gerade auch in diesem Kreis zu würdigen. Heute wird diese im Grundsatz positive Novelle endgültig vom Kabinett auf ihren hoffentlich guten Weg durch Bundestag und Bundesrat gebracht.

Ich will noch einmal den Ausgangspunkt der langen Auseinandersetzung in Erinnerung rufen:

Das war im vergangenen Dezember die überraschende Erklärung der EU-Kommission, dass die bisherige Befreiung **energieintensiver Betriebe** von der **EEG-Umlage** nicht mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar wäre.

Das wäre das **Aus** gewesen **für ganze Branchen und für zehntausende Arbeitsplätze** in der deutschen Industrie. Es hat, wie gesagt, viel Kraft gekostet, diese Gefahr abzuwenden und eine **Lösung** zu erreichen, die in Deutschland eine **wettbewerbsverträgliche und Arbeitsplätze sichernde Energiepolitik** erlaubt. Dazu waren zahllose Gespräche notwendig, unter anderem mit den für Wettbewerb und Energie zuständigen Kommissaren, mit **Almunia und Oettinger**.

Wir waren in engem Kontakt mit der **Bundesregierung**, insbesondere der **Wirtschafts- und Energieminister** hat für unsere Branchen in Brüssel gekämpft. Sigmar **Gabriel** hat dann vor Ostern einen Gesetzentwurf für den dringend erforderlichen **Neustart der Energiewende** auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetzentwurf werden die veränderten Vorgaben aus Brüssel und zugleich die **Koalitionsvereinbarung** zur Energiepolitik umgesetzt.

Auch da waren wir gefragt.

Immer mit dem Ziel, einen Neustart der Energiewende zu ermöglichen, der **ökonomisch und sozial ausgewogen** ist – den Neustart hin zu einer Energiewende, die weder unsere Unternehmen noch die Menschen strukturell und finanziell überfordert.

Wo stehen wir heute?

- Die Bundesregierung hat einen sehr **ambitionierten Ausbaupfad** der Erneuerbaren Energien beschlossen. Bis 2035 sollen bis zu 65 Prozent der Stromerzeugung auf regenerativer Basis erfolgen.
- Die **Kostendynamik** wird gebremst, aber die Förderung durch das EEG wird auch in den nächsten Jahren zusätzliche Milliarden kosten.
- Unsere **energieintensiven Branchen und Unternehmen** bleiben weitgehend von untragbaren Belastungen **verschont**.

Das ist erst mal ein **großer Erfolg**.

Denn wir müssen schon sehr darauf achten, dass der **industrielle Kern** Europas, und das sind unsere energieintensiven Branchen, keinen Schaden nimmt. Umso bedauerlicher ist es, dass quasi auf die letzte Minute zusätzliche Belastungen in den Gesetzentwurf eingebaut werden.

Wir wollen nicht, dass es zu Verschärfungen kommt, die vor allem ultra-stromintensive Unternehmen belasten. Das muss bei der Umsetzung der europäischen Leitlinien für Umwelt- und Energiebeihilfen in deutsches Recht ausgeschlossen sein.

Was in der Auseinandersetzung mit Brüssel erreicht wurde, sollte jetzt nicht verwässert werden. Zumal die Energiewende damit längst nicht am Ende angelangt ist und die Bedingungen in Deutschland durch hohen Wettbewerbsdruck eher erschwert werden.

- In den **USA und China** beispielsweise sind die **Energiepreise** nach wie vor deutlich **niedriger** als in Europa und vor allem in Deutschland.
- Immer noch bestimmen **politisch gesetzte Ausbauziele** für Erneuerbare Energien die Energiepolitik, **statt Technologien und Innovationen** zu fördern, die eine effiziente Energieerzeugung und einen sparsamen Energieeinsatz ermöglichen.
- Genauso wenig ist die Frage gelöst, wie bei einem künftig stark wachsenden Anteil der Erneuerbaren die **Versorgungssicherheit** und die **Netzstabilität** zu garantieren sind. Und wer die Kosten dafür trägt.
- Dass die Energiewende in ihren Verteilungswirkungen zu **extremen sozialen Ungerechtigkeiten** führt, auch daran wird sich nach heutigem Stand nichts ändern.

Im Kern geht es darum, die **Energiewende** so zu steuern, dass sie auch mit europäischen Zielen vereinbar ist und so, dass Deutschland ein starker und innovativer **Industriestandort** bleibt. Die Energiewende war vom Kurs abgekommen und drohte im Widerspruch zum

europäischen Beihilferecht auf der Strecke zu bleiben. Jetzt wird der Karren aus dem Schlamassel gezogen und wieder auf die Straße gebracht.

Aber die Roadmap für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, für den Weg von 25 Prozent Strom aus Erneuerbaren bis zu weit mehr als der Hälfte unseres gesamten Energieverbrauchs aus Erneuerbaren ist immer noch eine grobe Skizze. Ein Skizze, geprägt von vielen Visionen und von manchem Wunschdenken, aber ohne strategische Ausrichtung. Ohne Innovationen und ohne marktfördernde Investitionen werden wir nicht vorankommen. Das ist der richtige Weg, ja der einzige Weg zu Energiewende, die für unser Land, für seine Industrie und die dort beschäftigten Menschen zu einem echten Erfolg wird. Eine Energie auf der Basis von Innovation und Investition, die auch dem Klima nützt.

Wir werden darüber heute Morgen noch viel hören.

Herr Dr. Göke von Linde und Herr Dr. Markowz von Evonik werden uns neue Perspektiven präsentieren, Strom im industriellen Maßstab zu speichern und dazu in der chemischen Industrie Grundstoffproduktionen energetisch zu flexibilisieren.

Das ist ein Beispiel von vielen anderen guten Ansätzen, um auf einer innovativen High Road der Energiewende wirklich voranzukommen.

Damit aus Ideen Projekte werden und damit aus Projekten Business Cases und Investitionsentscheidungen werden, die den Markt durchdringen, brauchen alle, die solche Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft treffen und verantworten müssen, verlässliche Rahmenbedingungen. Nur so werden die neuen Ideen irgendwann auch in unserem Alltag zur Wirklichkeit.

Für eine erfolgreiche, kosteneffiziente Energiewende sind die richtigen Marktmechanismen entscheidend. Und es ist Aufgabe der Politik, über Marktmechanismen und Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliche Lösungsansätze zu entscheiden.

Am Anfang muss ein Rahmen der Energiewende verlässlich beschrieben sein, der eine ausreichende Wahrscheinlichkeit bietet, dass investiertes Kapital in neue, innovative Projekte mit rentablen Erträgen zurückfließen wird. Das ist in den letzten 14 Jahren mit dem EEG hervorragend gelungen – aber nur auf Kosten staatlich garantierter Renditen aus einer Umlage und damit auf Kosten der Stromkunden. Mit Marktwirtschaft und auch mit sozialer Marktwirtschaft hat das nichts zu tun.

Heute stehen wir vor der größeren Herausforderung, Anreize für Investitionen in Innovation zu bieten und das auch mit Kosteneffizienz zu verbinden - eben damit Innovationen marktgängig werden, ohne unsere Volkswirtschaft zu überfordern.

Das gilt für die neuen Themen, die vor uns liegen:

- Speichertechnologien,
- Netzausbau für Strom und Gas auf allen Ebenen,
- Effizienztechnologien für Gebäude und Verkehr

und einiges mehr.

Das gilt aber auch für den Ausbau erneuerbarer Energien, der noch vor uns liegt.

Bekanntlich ist der Weg von 0 bis 25 Prozent kürzer als der von 25 zu weit über 50, zu 80, 90 oder gar 100 Prozent, der noch vor uns liegt. Das EEG musste novelliert werden und wird noch viel weitgehender reformiert werden müssen, um diesen Weg kosteneffizient zu gestalten. Ich will daran erinnern, dass es bisher weniger das hehre Streben nach Kosteneffizienz war, warum die EEG-Novelle 2014 in Angriff genommen wurde.

Deutsche Unternehmen hatten wegen zu hoher Belastungen aus der EEG-Umlage Beschwerden bei der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission eingelegt, die daraufhin am 18. Dezember 2013 ein Prüfverfahren gegen das deutsche EEG von 2012 einleitete – ein Prüfverfahren, das noch nicht abgeschlossen ist. Wir haben allerdings

inzwischen eine europäische Leitlinie für alle Umwelt- und Energiebeihilfen, die Rechtssicherheit schaffen soll und die – auch das will ich würdigen – von der Bundesregierung gut verhandelt wurde. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass diese Leitlinien im neuen EEG beachtet werden müssen, aber nicht verschärft werden dürfen. Darüber hinaus will ich an dieser Stelle nicht in die Details der Diskussion um die besondere Ausgleichsregelung im EEG einsteigen, weil ich sie in diesem Saal als bekannt voraussetze. Wir alle waren in der Debatte der letzten Wochen sehr präsent, wir werden, falls notwendig, daran sehr schnell wieder anknüpfen können. Schließlich geht es um nichts weniger als um die Zukunftschancen vieler Unternehmen und Arbeitsplätze auf dem europäischen und dem Weltmarkt.

Ich möchte aber heute auf einen größeren Zusammenhang eingehen.

Das ganze EEG-Prüfverfahren ist symptomatisch für ein schwer wiegendes Versäumnis der Energiewende. Für das Versäumnis, die deutsche Energiewende in europäische Politik einzubetten.

Zweieinhalb Wochen vor der Europawahl möchte ich sehr deutlich darauf hinweisen:

Verlässliche Rahmenbedingungen für eine innovationsorientierte und kosteneffiziente Strategie der Energiewende können und sollten europäisch gedacht und gestaltet werden.

Wir brauchen eine europäische Energiepolitik.

Und diese würde die Chancen bieten, einige Sackgassen und Fehlentscheidungen zu korrigieren. Das klingt so glatt, ist es aber nicht. Was wir haben, sind nationale Primat anderer Politiken, denen die Energiepolitik untergeordnet wird. Selbstverständlich muss Europa die deutsche Umweltpolitik ebenso respektieren wie zum Beispiel die polnische Sicherheitspolitik. Aus solchen Gründen steigen manche Mitgliedsstaaten der europäischen Union aus der Kernenergie aus und andere ein. Aber daneben, nicht darunter müssen energiepolitische Ziele stehen. Vertreter des Steuerungskreises unseres Innovationsforums

trafen sich zu diesem Thema schon letzten Sommer mit dem Energiekommissar der Europäischen Union, Herrn Oettinger. Denn viele Probleme der Energieversorgung lassen sich nur im europäischen Verbund lösen.

Notwendig ist eine Harmonisierung von Instrumenten und Maßnahmen auch auf der europäischen Ebene. Energiemärkte sollten allein schon aus wirtschaftlichen Erwägungen europaweit geregelt werden. Zielkonflikte zwischen den europäischen und nationalen Instrumenten müssen vermieden werden. Für eine nachhaltige und innovationsförderliche Weiterentwicklung der EU-Politik dürfen die Klimaschutzziele nicht für sich allein stehen. Klimaschutzziele müssen vielmehr den industrie- und energiepolitischen Ziele Versorgungssicherheit und globale Wettbewerbsfähigkeit gleichberechtigt an die Seite gestellt werden.

Selbstverständlich müssen wir uns mehr um Klimaschutz kümmern.

Aber dann müssen wir uns bitte 2015 in Paris mit aller Kraft für erfolgreichere Verhandlungen der großen Emittenten dieser Welt einsetzen, mit mehr Kraft, als wir das bisher erleben durften! Für Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit müssen weitere Zielkategorien und quantifizierbare Indikatoren ihrer Erreichung formuliert werden. Dazu gehört jedenfalls die Untersuchung der Netto-Effekte der Klima- und Energiepolitik auf die Beschäftigung in der EU. Nachhaltig gesunkene Energie- sowie Strompreise in den USA bergen die reale Gefahr, dass zukünftige Neuinvestitionen nicht mehr in Deutschland erfolgen.

Zuletzt konnten Sie am Montag im Handelsblatt lesen, dass BASF den Bau einer Großanlage zur Herstellung von Propylen aus Methan an der US-Golfküste prüft. Dabei handelt es sich mit einem Volumen von mehr als einer Milliarde Euro um die größte Einzelinvestition in der BASF-Geschichte. In der Europäischen Union müssen wir endlich unsere industrie- und energiepolitischen Hausaufgaben machen.

Europa kann und sollte von den im globalen Wettbewerb schneller wachsenden Industrieregionen lernen, wie Klimaschutz und industrielles Wachstum vielleicht besser



verknüpft werden können. Die europäische Energienetzinfrastruktur muss einer wirklich europaweiten industriellen Entwicklung dienen. Sie muss überall in Europa sicher, zuverlässig und bezahlbar Strom und Gas bereitstellen.

Das beginnt mit einer versorgungssicheren und kosteneffizienten Energieerzeugung, die die sehr unterschiedlichen Vorteile europäischer Standorte miteinander kombiniert. In Deutschland sind Braunkohle, Steinkohle und Gas als Teil des nationalen Energiemix unverzichtbar, solange Speicher oder Nachfragemanagement und Netze nicht ausreichend und kostengünstig zur Verfügung stehen. Das müsste übrigens auch die Bundesumweltministerin wissen und berücksichtigen, damit ihr angekündigtes „Aktionsprogramm Klimaschutz“ nicht zu einem Kohleausstiegsgesetz führt.

Eine Politik,

- die einseitig noch ehrgeizigere nationale Ziele der CO<sub>2</sub>-Minderung vorgibt,
- die einfach Emittenten abschalten will, ohne die Folgen auf nationaler wie europäischer Ebene zu bedenken,
- die wieder nur Quantitäts- statt Qualitätsansprüchen folgt,

eine solche Politik folgt einer bereits zu anderen Zeiten gescheiterten Planerfüllungslogik.

Der heimische Energieträger Braunkohle bleibt der Brückenpfeiler des deutschen Kernenergieausstiegs in eine Zukunft Erneuerbarer ohne Deindustrialisierung. Anderswo in Europa gibt es bekanntlich günstigere Voraussetzungen für Strom- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien. In Skandinavien sichern gewaltige Ressourcen an Wasserkraft rund um die Uhr die Grundlast. In Südeuropa versprechen mehr Sonnenstunden eine höhere Energieausbeute durch Fotovoltaik und Solarthermie. Die skandinavischen oder britischen Küstenlinien bieten windhöffigere Standorte als die deutschen Mittelgebirge.

Damit will ich nicht gegen die Nutzung von Windenergie in Bayern und ihren weiteren Ausbau sprechen – aber für eine bessere Nutzung der Synergien in einem europäischen Energiemix. Aber das setzt voraus, dass die Energie auch wirklich durch Europa fließen kann.

Wir brauchen die europäische Strom- und Gasnetzintegration, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit aller EU-Länder zu erhalten und auszubauen - damit überall in Europa Chancen auf Wachstum und Beschäftigung genutzt werden können.

Dabei geht es heute um zum Teil altbekannte Forderungen, die von den europäischen Institutionen, aber auch von den Mitgliedstaaten endlich in die Tat umgesetzt werden müssen:

- Die Engpässen an den europäischen Grenzkuppelstellen müssen überwunden werden.
- Genehmigungsverfahren zum Infrastrukturausbau müssen beschleunigt werden.
- Und für die europäischen Innovationen von morgen muss heute technologieoffen geforscht werden.

Wenn der industrielle Kern Europas Schaden nimmt, dann schädigt das die gesamte Ökonomie Europas. Im Vergleich zu anderen Weltregionen sind bereits die heutigen Strompreise in Deutschland ein Nachteil im Wettbewerb, der nur durch andere Standortfaktoren einigermaßen ausgeglichen wird. Tendenziell sinken die Energiekosten in den USA, in China und Nahost, während sie in Europa und besonders in Deutschland steigen. Das erfordert mindestens ein Kosten-Moratorium in Deutschland.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung diese wettbewerbspolitische Notwendigkeit erkennt und als Handlungsauftrag versteht. Jede weitere politisch induzierte Erhöhung der Strompreise führt andernfalls zu einem beschleunigten Verlust von gut bezahlten Arbeitsplätzen in eigentlich konkurrenzfähigen Unternehmen. Der Anteil der Energiekosten

an der Wertschöpfung liegt bei Industriegasen bei 86 Prozent, bei anorganischen Grundstoffen bei 48 Prozent, bei Chemiefasern bei 40 Prozent.

Ich könnte noch viele Beispiele nennen, die zeigen: Die Energiekosten sind der entscheidende Wettbewerbs- und Standortfaktor für zahlreiche Produktionen.

Es hilft dem Klimaschutz kein bisschen, wenn die Energiewende in Deutschland ineffizient bleibt und weiterhin viel Geld verbrennt, das uns an anderer Stelle fehlt. Wer die Grundlagen unserer Hochleistungswirtschaft gefährdet, setzt auch den Erfolg der Energiewende aufs Spiel – weil diese nur auf Grundlage der außergewöhnlichen Leistungskraft unserer Ökonomie gestaltbar und verkraftbar ist.

In ihrer Gesamtheit ist die Industrie die Basis für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands.

Sie stellt 5,6 Millionen hochwertige, zukunftssichere Arbeitsplätze und erwirtschaftet mehr als ein Fünftel der deutschen Wirtschaftsleistung. Gerade die energieintensiven Industrien in Deutschland bilden das Rückgrat für vielfältige Wertschöpfungsketten auch in anderen Industrien. Eine weiterhin zuverlässige, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Energieversorgung ist deshalb zentral für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende sind nicht nur technologische, sondern auch soziale Innovationen. Nachhaltiges Wirtschaften schließt die soziale Dimension ausdrücklich mit ein.

Durch

- Mitbestimmung,
- hohe Qualität der Arbeitsgestaltung und
- sichere Arbeitsplätze

werden die Voraussetzungen geschaffen, um Deutschland als leistungsfähigen Wirtschaftsstandort zu halten, Innovationen zu fördern und soziale Lebensperspektiven zu schaffen.

Oder umgekehrt formuliert: Gute ökologische Produkte machen noch kein nachhaltiges Wirtschaften aus. Die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften sind in den diversen Industriebranchen Deutschlands jahrzehntelang in guter sozialpartnerschaftlicher Praxis geschaffen worden. Daher müssen strukturelle Veränderungen in den Branchen unserer Wirtschaft auch bewertet und begleitet werden. Auch Gute Arbeit und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit sind Prüfsteine eines Monitorings zum Erfolg der Energiewende.

Die Ziele der Energiewende sind darauf ausgerichtet, dauerhaft Innovationen voranzubringen.

Dazu braucht die Wirtschaft qualifizierte Frauen und Männer, die mit hohem Engagement und sozialer Sicherheit berufstätig sein können. Dies liegt in der Verantwortung der Wirtschaft und ihrer Akteure ebenso wie in der Verantwortung der Gesellschaft. Ein Umbau der Energiewirtschaft darf sich daher nicht mit kurzfristigen Wirtschaftseffekten zufrieden geben. Neben dem eingeschränkten gesamtwirtschaftlichen Erfolg sind unsichere Arbeitsplätze auf Dauer schädlich für den Arbeitsmarkt und führen zu sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft.

Deshalb sollte unser Land innerhalb der gewachsenen industriellen Beziehungen den nachhaltigen Umbau fördern und nach Möglichkeit gut ausgestaltete Arbeitsplätze erhalten. Sollten diese sozialen Aspekte der Energiewende zu sehr in den Hintergrund der Energiewende treten, könnte das gesamte Projekt in Gefahr geraten.

Es ist daher erforderlich, eine breite Akzeptanz der Energiewende und ihrer Folgen sicherzustellen, indem

- ökologische,
- soziale und
- ökonomische Zielaspekte

in Balance gehalten werden.

Dies schließt auch eine frühzeitige Konsultation der Bevölkerung mit ein – etwa wenn es darum geht, für notwendige Projekte der Energieinfrastruktur Akzeptanz, Zustimmung oder gar aktive Beteiligung zu finden.

Zu all diesen Fragen soll es heute einen sozialpartnerschaftlicher Austausch geben zwischen Unternehmensvertretern, Betriebsräten, Politikern und Fachleuten aus Verwaltung und Wissenschaft. Betriebsräte und ihre Wähler, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus unseren Industriebranchen, sind entscheidende Akteure und Hauptbetroffene der Energiewende. Unsere Kolleginnen und Kollegen machen die Energiewende. Sie entwickeln und produzieren die dazu dringend benötigten Produkte und Verfahren.

Aber unsere Kolleginnen und Kollegen tragen auch die Lasten und Risiken der Energiewende:

- Als tüchtige Steuerzahler haften sie für alle energiepolitischen Zusatzausgaben des Staates.
- Als Stromkunden zahlen sie alle energiepolitisch bedingten Preiserhöhungen.
- Als Belegschaft tragen sie alle Arbeitsplatzrisiken der Energiewende.

- Als Mieter finanzieren sie alle Investitionen in die energetische Gebäudesanierung.
- Als Arbeitnehmer verringert sich der Spielraum für Lohnerhöhung, wenn die Betriebe höhere Energiekosten und höhere Investitionen in Energieeffizienz verkraften müssen.

Es gibt nur einen Weg, um das alles zu stemmen:

Wir müssen innovativer und effizienter in der Energieerzeugung und im Energieverbrauch werden. Wie das gehen kann, darüber wollen wir heute sprechen. Betriebsräte und Manager, Vorstände von Unternehmen und die IG BCE, sind die Akteure des Innovationsforums Energiewende.

Gemeinsam wollen wir zeigen, dass in unserem Land möglich ist, was außer Deutschland keine andere Industrienation wagt.

- Wir wollen zeigen, dass es möglich ist, langfristig eine Energieversorgung aufzubauen, die sich ganz überwiegend aus regenerativen Quellen speist.
- Wir wollen zeigen, dass es möglich ist, so umzusteuern, dass Deutschland mit der Energiewende auch ein starker und innovativer Industriestandort bleibt.

Beides setzt voraus, dass die industrielle Wertschöpfungskette keinen Schaden nimmt und erhalten bleibt. Denn das ist Basis unserer Innovationsfähigkeit und unseres wirtschaftlichen Erfolges. Und das ist unser gemeinsames Ziel. Das Innovationsforum Energiewende bringt Menschen zusammen, die den Erfolg der Energiewende wollen.

Gemeinsam wollen wir eine Beschäftigung sichernde und Innovationen fördernde Energiewende.

Dazu wünsche ich uns einen erfolgreichen Innovationskongress.